

Zwei Artikel aus der NEW YORK TIMES zur jüngsten Entwicklung im Iran spiegeln deren Einschätzung in den Mainstream-Medien der USA wider und lassen die Enttäuschung über den verhinderten Großauftritt der "grünen Opposition" erkennen.

LUFTPOST

Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 047/10 – 15.02.10

Atompläne des Irans lassen neue Rufe nach Sanktionen laut werden

Von Alan Cowell und Thom Shanker
THE NEW YORK TIMES, 09.02.10

(<http://www.nytimes.com/2010/02/09/world/middleeast/09iran.html?8au&emc=au>)

PARIS – Der Iran hat der International Atomic Energy Agency / IAEA der Vereinten Nationen am Montag mitgeteilt, dass er damit beginnen wird, seinen Uranvorrat für die Verwendung in einem medizinischen Forschungsreaktor anzureichern; das hat Offizielle aus den USA, Frankreich und Russland veranlasst, stärkere Sanktionen gegen Teheran zu verlangen.

Am Montagabend hat die IAEA in Wien bestätigt, dass sie vom Iran einen Brief erhalten hat, in dem er seine Absicht erklärt, mit der Urananreicherung auf 20 Prozent beginnen zu wollen. In der Erklärung der IAEA ist kein Datum für den Beginn der Anreicherung enthalten, obwohl Teheran erklärte, am Dienstag werde damit angefangen.

Teherans Entscheidung hat im Westen scharfe Reaktionen hervorgerufen. Der zu Besuch in Paris weilende US-Verteidigungsminister Robert M. Gates sagte, die Obama-Regierung und ihre Verbündeten hätten alles getan, was sie konnten, um den Iran zu Verhandlungen zu ermuntern. "Sämtliche Initiativen wurden zurückgewiesen," erklärte er. "Weil wir immer noch versuchen müssen, dieses Problem auf friedlichem Weg zu lösen, bleibt uns jetzt nur noch die Möglichkeit, den Druck zu erhöhen. Dazu muss aber die internationale Gemeinschaft geschlossen handeln."

Sogar in Russland, das zusammen mit China bisher Sanktionen gegen den Iran abgelehnt hat, gab es Forderungen nach härteren Aktionen gegen Teheran. Konstantin I. Kossachow, der Vorsitzende des Ausschusses für auswärtigen Angelegenheiten der Duma (des russischen Parlaments), hat nach einer Meldung der Nachrichtenagentur INTERFAX die internationale Gemeinschaft aufgefordert, "gravierende Maßnahmen" vorzubereiten.

Zur Debatte stand der Vorschlag, der Iran solle seinen Uranvorrat im Ausland anreichern und zu Brennstäben für seinen medizinischen Forschungsreaktor verarbeiten lassen (s. <http://www.iaea.org/NewsCenter/News/2009/talksiran211009.html>). Das wäre vorteilhaft für den Westen gewesen, weil der Iran dafür seine gesamten Uranvorräte hätte abgeben müssen, die dann nicht für den Bau einer Bombe verfügbar gewesen wären. Aus den Brennstäben, die Teheran im Austausch erhalten hätte, lässt sich nur mit großen Schwierigkeiten eine Atomwaffe herstellen. Im Oktober letzten Jahres wurde berichtet, der Iran sei zunächst auf den Vorschlag eingegangen, habe ihn letztlich aber abgelehnt (s. http://www.nytimes.com/2009/10/22/world/middleeast/22nuke.html?_r=1). Westliche Offizielle behaupten, der Iran habe den Deal zurückgewiesen, aber Teheran wirft dem Westen vor, nicht auf seine Vorschläge eingegangen zu sein.

Wenn sich Russland wirklich den anderen großen Mächten anschliesse und die Forderung des Präsidenten Obama nach härteren Sanktionen der UNO unterstützte, wäre China, das die Meinung vertritt, damit werde eine diplomatische Lösung der Atomkrise nur erschwert, (im Sicherheitsrat) isoliert.

Die USA lassen unter ihren engsten Verbündeten im UN-Sicherheitsrat bereits Vorschläge für mögliche Sanktionen kursieren und hoffen, die Ankündigung des Irans werde China einsehen lassen, dass Teheran nur den Bau einer Atombombe und nicht die friedliche Nutzung der Atomenergie anstrebt.

Ein höherer US-Offizieller nannte die Ankündigung des Irans eine Provokation und äußerte, wenn der Iran sein Uran tatsächlich auf 20 Prozent anreichere, zeige er damit, dass er "andere als die erklärten Absichten verfolgt".

Das Atomprogramm Teherans gehört zu den strittigsten Problemen zwischen dem Westen und dem Iran, der sein Recht auf eine friedliche Nutzung der Kernenergie betont und die Verdächtigungen des Westens zurückweist, er wolle eine Atombombe bauen. In den letzten Tagen hat der Iran eine verblüffende Reihe widersprüchlicher Signale ausgesandt.

In seinem Brief an die IAEA hat der Iran nach Pressemeldungen seinen Plan dargelegt, seine Uranvorräte auf 20 Prozent anreichern zu wollen. Dieser Prozentsatz reicht für den Einsatz in einem medizinischen Forschungsreaktor aus (http://www.ngo-online.de/ganze_nachricht.php?Nr=19832), ist aber viel zu niedrig für den Bau einer Bombe, der nur mit 90-prozentigem Uran möglich ist. Atomexperten befürchten aber, dass aus Uran, das auf 20 Prozent angereichert ist, in relativ kurzer Zeit auch waffenfähiges Uran herzustellen wäre.

Diese Aussicht alarmiert vor allem die israelische Führung, die in einer iranischen Atombombe eine "existenzielle Bedrohung" sieht. Es bleibt unklar, ob der Iran überhaupt die Fähigkeit hat, die vom Präsidenten Mahmud Ahmadinedschad angeordnete Stufe der Anreicherung zu erreichen; Ahmadinedschad ist offensichtlich bemüht, den Druck auf den Westen zu erhöhen, damit der weiter verhandelt und Teheran die Brennstäbe für seinen medizinischen Forschungsreaktor zu günstigeren Konditionen anbietet.

Tatsächlich hat die Nachrichtenagentur REUTERS gemeldet, Ali Akbar Salehi, der Chef der iranischen Atomenergie-Organisation habe vorgeschlagen, Teheran werde die geplante Urananreicherung auf 20 Prozent stoppen, wenn der Iran auf 20 Prozent angereichertes Uran aus dem Ausland erhalte. Er sagte auch, der vorher angekündigte Bau von 10 weiteren iranischen Anreicherungsanlagen werde im neuen iranischen Jahr beginnen, das am 21. März anfängt.

Am Dienstag haben das Weiße Haus und die Europäische Union außerdem in einer anderen Angelegenheit eine gemeinsame Erklärung veröffentlicht, in der die Sorge über ein befürchtetes scharfes Vorgehen der iranischen Regierung am bevorstehenden Jahrestag der Gründung der Islamischen Republik ausgedrückt wird. (s. <http://www.whitehouse.gov/the-press-office/joint-statement-european-union-and-united-states-calling-iranian-government-fulfill>)

Zu dem Bericht haben Michael Slackman und Mona el-Naggar aus Kairo, David E. Sanger und Helene Cooper aus Washington, Michael Schwirtz aus Moskau, William J Broad aus New York und Neil MacFarquhar aus den Vereinten Nationen beigetragen.

Der Iran prahlt damit, dass er bombenfähiges Uran herstellen kann

Von Michael Slackman

THE NEW YORK TIMES, 12.02.10

(<http://www.nytimes.com/2010/02/12/world/middleeast/12iran.html>)

KAIRO – Der Präsident des Irans prahlte am Donnerstag in einer Rede an die Nation, die er zum 31. Jahrestag der Islamischen Revolution hielt, sein Land habe die Fähigkeit, bombenfähiges Uran herzustellen, wenn es wolle.

Mit den Ausführungen des Präsidenten und den anscheinend erfolgreichen Bemühungen der Regierung, die Opposition an einer Nutzung des Nationalfeiertags für ihre Zwecke zu hindern, sollte wohl an die Kritiker der iranischen Regierung im In- und Ausland die herausfordernde Botschaft gerichtet werden, dass die Führung alles unter Kontrolle habe.

Es gab zwar Demonstrationen und Zusammenstöße zwischen Sicherheitskräften und Protestierenden im ganzen Land, und einige Demonstranten schrieten während der Rede des Präsidenten Mahmud Ahmadinedschads aus der Menge heraus auch "Tod dem Diktator", aber es gelang der Opposition nicht, eine größere Menge (Unzufriedener) auf die Straße zu bringen. Die Protestierenden hatten den Eindruck, dass die Regierung in den Auseinandersetzungen dieses Tages Sieger geblieben ist.

Die Aufmerksamkeit richtete sich weniger auf Internetvideos von Menschenansammlungen, die "Tod dem Diktator" riefen und mit knüppelnden Polizisten kämpften, als auf eine von der Regierung arrangierte Kundgebung und auf die kämpferische Rede Ahmadinedschads, der damit auf die wegen des iranischen Atomprogramms von Washington angestrebten neuen Sanktionen reagierte.

In seiner Rede auf dem Azadi-Platz in Teheran wiederholte Ahmadinedschad die bekannten nationalistischen und antiwestlichen Thesen und beschuldigte die USA und Europa, den Iran unterdrücken zu wollen; gleichzeitig forderte er sie mit der Ankündigung heraus, der Iran habe Uran bereits auf 20 Prozent angereichert und könne es noch höher anreichern.

"Wir haben die Fähigkeit, Uran auch auf über 20 Prozent, sogar auf über 80 Prozent anzureichern, aber wir tun das nicht, weil wir es nicht brauchen," sagte Ahmadinedschad.

Er fügte aber eine Warnung an den Westen hinzu. "Ihr solltet beachten und bedenken, dass das iranische Volk mutig genug ist, es auch offen anzukündigen, wenn es eine Bombe bauen will, und sie dann auch bauen wird, ohne Angst vor euch zu haben," erklärte er. "Wenn wir aber sagen, dass wir keine Bombe bauen werden, dann bedeutet das, dass wir das auch nicht tun."

Der Präsident wiederholte seine Behauptung, dass der Iran ein "Atomstaat" sei und fügte hinzu, sein Land habe die Fähigkeit, Uran bis zur Waffenfähigkeit anzureichern, wenn es sich dazu entschlöße. Der Westen hat den Iran beschuldigt, ein Atomwaffenprogramm zu betreiben, während der Iran immer darauf bestanden hat, die Kernenergie nur zu friedlichen Zwecken nutzen zu wollen.

"Das iranische Atomproblem ist zur Hauptsäule der Rechtfertigung des Regimes geworden," sagte Mustafa el-Labbad, ein Iran-Experte, der in Kairo lebt. "Deshalb stellt

es Ahmadinedschad auch immer ins Zentrum seiner Argumentation, um die inneren Differenzen und die riesigen innenpolitischen Herausforderungen, vor denen er steht, zu vertuschen.

Es sei nicht geklärt, wie viel Uran angereichert wurde, und ob der Iran überhaupt die Fähigkeit habe, waffenfähiges Uran oder auch nur Brennstäbe für seinen medizinischen Forschungsreaktor herzustellen, äußerte er.

Die Obama-Regierung bestritt, dass der Iran die Fähigkeit habe, Uran bis zur Waffenfähigkeit anzureichern. ASSOCIATED PRESS berichtete, Robert Gibbs, der Pressesprecher des Weißen Hauses, habe erklärt, viele Statements des Irans beruhten eher auf Politik als auf Physik.

Ahmadinedschad hielt seine Rede von einer mit Blumen geschmückten Plattform aus vor einer ihm größtenteils freundlich gesinnten Menge, die mit Bussen zum wichtigsten politischen Feiertag des Jahres aus dem ganzen Land zusammengekartt worden war. Dieser Tag ist vergleichbar mit dem 4. Juli (dem Independence Day) in den Vereinigten Staaten oder dem Tag des Sturms auf die Bastille (dem Nationalfeiertag am 14. Juli) in Frankreich und wie diese beiden Tage ein Mythos voller Symbolik.

Sowohl die Opposition als auch die Regierung hofften, die Nachrichten des Tages bestimmen zu können. Die Führer der Oppositionellen, Mir Hossein Mussawi (s. http://de.wikipedia.org/wiki/Mir_Hossein_Mussawi) und (der schiitische Kleriker) Mehdi Karroubi (s. http://de.wikipedia.org/wiki/Mehdi_Karroubi) hatten ihre Anhänger aufgefordert, die Straßen zu füllen, aber keinen klaren Plan angeboten.

Die Regierung ließ der Opposition wenig Raum für Aktivitäten. Sie schickte in der Nacht vor der Kundgebung Tausende Sicherheitskräfte auf den Azadi-Platz, um die Opposition einschüchtern und nötigenfalls von der Teilnahme ausschließen zu können. Die Oppositionellen, die der Versammlung beiwohnten, verschwanden in einem Meer von Regierungsanhängern.

Als Karroubi und seine Unterstützer versuchten, sich in die Demonstration einzureihen, die zum Azadi-Platz führte, wurden sie nach Meldungen von Nachrichtenagenturen und auf Websites von Sicherheitskräften und Miliz-Mitgliedern in Zivilkleidung abgedrängt.

Zeugen aus anderen Stadtteilen berichteten, "Grüne" – unter diesem Namen sind die Oppositionellen bekannt – hätten versucht, sich zu formieren, seien aber daran gehindert worden, sich in großen Gruppen zu sammeln. An einigen Stellen seien die Basij-Miliz und andere Sicherheitskräfte mit Stöcken auf sie los gegangen, bis sie sich zerstreuten.

Es wurde berichtet, dass die Polizei viele Demonstranten im ganzen Land festgenommen und für kurze Zeit auch Zahra Eshraghi, die Enkelin des Ayatollahs Ruhollah Chomeini, des Führers der Revolution von 1979, und ihren Mann Mohammad Reza Khatami, einen Bruder des früheren reformwilligen Präsidenten, festgehalten habe. Es wurde auch über Proteste in der heiligen Stadt Mashhad, in Shiraz und Isfahan und rund um Teheran berichtet.

Die Grünen konnten nicht völlig unterdrückt werden. Auf über das Internet verbreiteten Videos waren Demonstranten zu sehen, die Plakate mit dem Bild des Ayatollahs Alis Khamenei, des obersten religiösen Führers des Landes, abrisen und darauf herumtrampelten. Auch ein Motorrad der Basij-Miliz wurde angezündet, und es ertönten regierungsfeindliche Sprechchöre wie "Khamenei ist ein Mörder, sein Regime ist illegal".

Aber nach den Erfahrungen an Feiertagen in den letzten Monaten – vor allem am Aschura-Tag im Dezember (s. <http://de.wikipedia.org/wiki/Aschura>), den die Opposition dominierte – wurde der 31. Jahrestag von der iranischen Führung und ihren Sicherheitskräften beherrscht.

Iran-Experten waren angesichts der rigiden Maßnahmen, die in den letzten Monaten ergriffen wurden, nicht überrascht, dass sich die Regierung durchgesetzt hat. Seit dem Aschura-Tag wurden nach Feststellung von Menschenrechtsgruppen mindestens 1.000 Menschen eingesperrt. Zwei der Gefangene wurden gehängt und viele zu langen Gefängnisstrafen verurteilt; die Regierung hatte angekündigt, dass alle am Donnerstag Festgenommenen mindestens bis Ende März eingesperrt würden.

"Das war kein Sieg für die Regierung," sagte Fatemeh Haghighatjoo, eine ehemalige Abgeordnete des iranischen Parlaments, die eine Gastprofessur am Center for Women in Politics and Public Policy (am Zentrum für Frauen in der Politik und in der Rechtsordnung) an der University of Massachusetts in Boston hat. "Diese Show wurde abgezogen, um dem Ausland die angebliche Popularität der Regierung vorzugaukeln."

Mitglieder der Opposition in Teheran teilten mit, das Ministerium für Information habe am Donnerstag per SMS die Nachricht "Aufrührer werden heute getötet" verbreitet, und Regierungsangestellte seien zur Teilnahme an der Regierungskundgebung verpflichtet worden.

Als am Donnerstag die Sonne unterging, seien die Menschen wieder auf ihre Dächer gestiegen und hätten "Allah ist groß" und "Tod dem Diktator" gerufen, wurde aus Teheran berichtet.

Nur so hat sich an diesem Tag das Ausmaß des Widerstands gezeigt. "Die Opposition scheint sich aus taktischen Gründen zurückgehalten zu haben, um sich zu einer anderen Zeit an einem Tag ihrer Wahl zu zeigen," sagten Rasool Nafisi, ein in Virginia lebender Iran-Experte mit guten Kontakten nach Teheran.

Mona El-Naggar aus Kairo und Nazila Fathi aus Toronto trugen zu diesem Bericht bei.

(Wir haben die beiden Artikel komplett übersetzt und mit Ergänzungen und Links in Klammern und Hervorhebungen versehen. Sie zeigen, dass weder die Verhängung von Sanktionen noch die innere Destabilisierung des Irans durch die "grüne Opposition" so problemlos umzusetzen ist, wie man das in Washington gehofft hat. Anschließend drucken wir die beiden Originaltexte ab.)

The New York Times

February 9, 2010

Iran Nuclear Plans Start New Calls for Sanctions

By ALAN COWELL and THOM SHANKER

PARIS — Iran told the United Nations nuclear watchdog agency on Monday that it would begin enriching its stockpile of uranium for use in a medical reactor, prompting officials from the United States, France and Russia to call for stronger sanctions against Tehran.

Late Monday in Vienna, the International Atomic Energy Agency confirmed that it had received a letter from Iran declaring its intent to begin enriching uranium up to 20 percent. The agency's statement gave no date for starting the enrichment, though Tehran said that might come as early as Tuesday.

Tehran's decision elicited a sharp reaction in the West. In Paris, the visiting United States defense secretary, Robert M. Gates, said the Obama administration and its allies had done all they could to entice Iran to negotiate. "All of these initiatives have been rejected," he said. While "we must still try and find a peaceful way to resolve this issue," he said, "the only path that is left to us at this point, it seems to me, is that pressure track. But it will require all of the international community to work together."

Even in Russia, which along with China has consistently resisted sanctions against Iran, there were calls for stronger action against Tehran. Konstantin I. Kosachyov, the head of the foreign affairs committee in the lower house of the Russian Parliament, was quoted by the Interfax news agency as urging the international community to prepare "serious measures."

At issue is a proposal for Iran to send its uranium stockpile outside the country to be enriched and processed into fuel rods for use in the medical reactor. This was attractive to the West because it would deprive Iran of stockpiles that it could convert into bomb fuel, while providing Tehran with fuel rods that would be very difficult to use in a weapon. Iran was reported last October to have accepted the proposal, but later backed away. Western officials say Iran has rejected the deal, but Tehran accuses the West of failing to respond to its proposals.

If Russia does join the other world powers in backing President Obama's call for tougher United Nations sanctions, that would isolate China, which has said such action could make finding a diplomatic solution to the nuclear crisis even more difficult.

The United States has begun circulating ideas for possible sanctions among its closest allies on the Security Council and is hoping that Iran's announcement might convince China that Tehran's real purpose is to create a weapon, and not the civilian use of nuclear energy.

Calling Iran's move provocative, a senior American official said that the decision to enrich to 20 percent, if carried out, would suggest that Iran's "intentions are not as they stated."

Iran's nuclear program is one of the most contentious issues between the West and Tehran, which asserts its right to a peaceful nuclear program and rejects Western suspicions that it is seeking to build a nuclear weapon. In recent days Iran has sent a perplexing series of conflicting signals.

In its letter to the nuclear agency, Iran set out a plan to begin enriching its stockpile to 20-percent purity, news reports said. That is high enough for use in the medical reactor but significantly lower than the 90 percent levels needed for weapons. The worry is that any effort to produce 20-percent enriched uranium would put the country in a position to produce weapons-grade uranium in a comparatively short time, nuclear experts say.

That is alarming to, among others, the Israeli leadership, which has called an Iranian nuclear weapon an "existential threat." It remains far from clear that Iran has the capacity to enrich fuel to the level ordered by President Mahmoud Ahmadinejad, who is apparently seeking to increase pressure on the West to reopen negotiations on providing fuel for the medical reactor on terms more favorable to Tehran.

Indeed, the head of Iran's Atomic Energy Organization, Ali Akbar Salehi, was quoted by Reuters as suggesting that Tehran's planned enrichment efforts would be halted if Iran received fuel enriched to 20 percent from abroad. He also said a previously announced plan to build 10 new enrichment plants would begin in the next Iranian year starting on March 21, Reuters reported.

In another development, The White House and European Union issued a statement Tuesday expressing concern about signs of a renewed crackdown by Tehran around the approaching anniversary of the founding of the Islamic Republic.

Reporting was contributed by Michael Slackman and Mona el-Naggar from Cairo, David E. Sanger and Helene Cooper from Washington, Michael Schwartz from Moscow, William J. Broad from New York and Neil MacFarquhar from the United Nations.

The New York Times

February 12, 2010

Iran Boasts of Capacity to Make Bomb Fuel

By MICHAEL SLACKMAN

CAIRO — Iran's president boasted Thursday that his nation had the capacity to make weapons-grade nuclear fuel if it chose to, in a speech intended to rally the nation as it marked the 31st anniversary of the Islamic Revolution.

The president's remarks, combined with the government's apparently successful effort to prevent the opposition from once again hijacking a national holiday, seemed intended to send a message to the government's domestic and international critics that it remained in control, and defiantly so.

There were demonstrations and clashes between security forces and protesters across Iran, and some demonstrators in the crowd chanted "death to the dictator" during President Mahmoud Ahmadinejad's speech. But the opposition failed to reach a critical mass on the street. The sentiment among the protesters was that the government had won the battle this day.

Instead of Internet videos of crowds shouting "Death to the dictator" and fighting with baton-wielding police officers, the focus of attention was largely a government-sponsored rally and Mr. Ahmadinejad's pugnacious speech, delivered as Washington moved to impose new sanctions on Iran over its nuclear program.

In the address in Azadi Square in Tehran, Mr. Ahmadinejad relied on familiar nationalist and anti-Western themes, accusing the United States and Europe of trying to hold Iran down and challenging them by saying that Iran had already succeeded in enriching uranium to 20 percent and could do even more.

"We have the capability to enrich uranium more than 20 percent or 80 percent, but we don't enrich because we don't need it," Mr. Ahmadinejad said.

But he added a warning to the West. "Please pay attention and understand that the people of Iran are brave enough that if it wants to build a bomb it will clearly announce it and build it and not be afraid of you," he said. "When we say we won't build it that means we won't."

The president also repeated his declaration that Iran was a “nuclear state,” adding that it had the capacity to enrich uranium to weapons grade if it chose to. The West has accused Iran of running a nuclear weapons program, while Iran has insisted that it is pursuing nuclear energy for peaceful purposes.

“The Iranian nuclear issue has become the main pillar of the regime’s legitimacy,” said Mustafa el-Labbad, an Iran expert in Cairo. “So Ahmadinejad is putting it in the center of the scene in order to conceal the internal differences and huge domestic challenges they face.”

It is not at all clear how much uranium has been enriched or whether Iran has the capacity to transform that into either weapons-grade fuel or even into the fuel rods necessary for running the medical research reactor it says it aims to supply.

The Obama administration dismissed the idea that Iran had the capacity to enrich uranium to weapons grade. The White House press secretary, Robert Gibbs, said, “Iran has made a series of statements” that were “based on politics, not on physics,” The Associated Press reported.

Mr. Ahmadinejad’s speech, delivered from a platform decorated with flowers, was heard by a largely sympathetic crowd that had been bused in from around the country to celebrate the most important political celebration of the year. The day is similar to the Fourth of July in the United States or Bastille Day in France, and like those holidays it is steeped in myth and symbolism.

Both the opposition and the government hoped to control the message of the day. The opposition leaders, Mir Hussein Moussavi and Mehdi Karroubi, had called on their supporters to fill the streets, though they had not offered a clear plan.

The government provided little room for the opposition to gain traction. It sent thousands of security officers into Azadi Square the night before to intimidate the opposition and, if necessary, block it from participating. Those who attended the rally disappeared in a sea of government supporters.

When Mr. Karroubi tried to enter the procession leading to Azadi Square, he and his supporters clashed with security forces and plainclothes militia members, according to opposition Web sites and news agencies.

Witnesses in other parts of the city reported that the “greens,” as the opposition members are known, had tried to turn out but were prevented from congregating in large groups. In some places, the Basij militia and other security officers descended on them, beating them with clubs until they dispersed, the witnesses said.

There were also reports that the police had arrested many demonstrators around the country and had briefly detained Zahra Eshraghi, granddaughter of the 1979 revolution’s leader, Ayatollah Ruhollah Khomeini, and her husband, Mohammad Reza Khatami, brother of a former pro-reform president. Protests were reported in the holy city of Mashhad, in Shiraz and Isfahan, and around Tehran.

The greens were not entirely intimidated. Videos that circulated on the Internet showed demonstrators tearing down and stomping on posters of the country’s supreme leader, Ayatollah Ali Khamenei, burning a motorcycle belonging to the Basij and chanting antigovernment slogans like “Khamenei is a murderer; his rule is illegitimate.”

But given the way the opposition had overwhelmed and defied past holidays, especially the religious observance of Ashura in December, the 31st anniversary holiday belonged to the leadership and its security forces.

Iran experts said they were not surprised that the government had prevailed, considering the extraordinary measures it had taken in recent months. Since Ashura, at least 1,000 people have been jailed, according to human rights groups. Two prisoners were hanged, many people were given long prison sentences, and the government announced that anyone arrested Thursday would remain in prison at least until the end of March.

“This is not a victory for the government,” said Fatemeh Haghighatjoo, a former member of Parliament who is a visiting professor at the Center for Women in Politics and Public Policy at the University of Massachusetts at Boston. “This show was aimed at sending a wrong message to the outside world about the government’s popularity.”

Opposition members in Tehran said that the Ministry of Information sent out text messages on Thursday saying that “rioters would be killed today,” while government employees were ordered to take part in the pro-government rally.

As the sun set Thursday, people once again climbed to their rooftops screaming “God is great” and “Death to the dictator,” according to people in Tehran.

But that seemed to be the extent of the rebellion on that day. “The opposition seems to have tactically withdrawn, to show up another day and at another time of its own choosing,” said Rasool Nafisi, an Iran expert based in Virginia, who has extensive contacts in Tehran.

Mona El-Naggar contributed reporting from Cairo, and Nazila Fathi from Toronto.

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern